

## Beteiligung der Behörden an Bauleitplanverfahren und vergleichbaren Satzungsverfahren (§ 4 Abs. 1 BauGB)

### Vorbemerkung

Mit der Beteiligung wird den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit zu dem jeweiligen konkreten Planverfahren gegeben.

Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen.

Die Stellungnahme ist zu begründen, die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann.

Leerzeilen bitte ausfüllen, Zutreffendes ankreuzen (X)

### A. Allgemeine Angaben

Gemeinde

Schipkau

☐ Flächennutzungsplan

☒ **Bebauungsplan Nr. 1-2021**

**„Sondergebiet Umspannwerk und Wasserstofftechnologie Klettwitz“**

☐ Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13 a BauGB

☐ vorhabenbezogener Bebauungsplan

☐ sonstige Satzung

Fristablauf für die Stellungnahme am:

**18.11.2021**

### B. Stellungnahme der Behörde

Bezeichnung der Behörde

Landkreis Oberspreewald-Lausitz

Absender: Landkreis Oberspreewald-Lausitz  
Der Landrat  
PF 100064  
01956 Senftenberg

Datum: 15.11.2021  
Telefon: 0 35 41 – 8 70 52 26  
Fax: 0 35 41 – 8 70 34 10  
Bearbeiterin: Frau Bauer  
GZ: 50/21  
<http://www.osl-online.de>  
E-Mail: [kreisplanung@osl-online.de](mailto:kreisplanung@osl-online.de)

Folgende Dezernate bzw. Ämter wurden zum o. g. Vorhaben beteiligt:

Büro Landrat

Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte

Dezernat I, Bildung, Finanzen und innere Verwaltung

- Schulverwaltungs- und Kulturstadtamt untere Denkmalschutzbehörde
- Bau- und Hauptamt SG Bau und Unterhaltung

Dezernat II, Gesundheit, Jugend und Soziales

- Gesundheitsamt

Dezernat III, Bau, Ordnung und Umwelt

- Amt für Straßenverkehr und Ordnung SG Verkehrswesen
- Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Landwirtschaft untere Jagd- u. Fischereibehörde  
SG Brand- u. Katastrophenschutz
- Amt für Umwelt und Bauaufsicht SG Landwirtschaft  
SG technische Bauaufsicht  
SG rechtliche Bauaufsicht/Kreisplanung  
untere Abfallwirtschafts- u. Bodenschutzbehörde  
untere Naturschutzbehörde  
untere Wasserbehörde

( ) keine Einwände

( ) Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (Einwendungen, Rechtsgrundlagen u. Möglichkeiten der Überwindung):

### **untere Naturschutzbehörde**

Arten- und Biotopschutz

Die eingereichten Unterlagen sind bzgl. der Arten- und Biotopschutzes unvollständig. Die artenschutzrechtliche Untersuchung und Erfassung der Biotoptypen (Begründung S. 21) stehen noch aus. Erst nach Vorlage und Prüfung dieser Untersuchungen kann eine abschließende Beurteilung erfolgen. Folgende Anmerkungen sind hinsichtlich der Untersuchungen und Planung aufzunehmen:

Migrationskorridor

Die geplanten Standorte für das Umspannwerk und Anlagen zu Wasserstofftechnologien befinden sich im Konfliktbereich (Engstelle) für wandernde Tierarten westlich des Lausitzrings (westlicher Migrationskorridor). Zur Beurteilung der Auswirkungen auf die Wildtiermigration, insbesondere der Leitart Rothirsch, wurde eine Untersuchung in Auftrag gegeben, welche jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Erst nach Vorlage und Prüfung des Berichtes kann eine abschließende Stellungnahme erfolgen. Erste Zwischenergebnisse vom 05.10.2021 lassen die Störungsempfindlichkeit durch etwaige Bebauungen im nördlichen Drittel des B-Planes bereits erkennen und sind dementsprechend planungsrelevant.

Durch die bereits während der Herbstwanderung festgestellte Rothirschmigration als Leitart für Großsäuger kommt der Aufrechterhaltung des Freiraumverbundes im nördlichen Drittel des B-Plangebietes essentielle Bedeutung zu. Die uNB hat bereits nach den Zwischenergebnissen auf die Verlagerung des Standortes der H<sub>2</sub>-Produktion auf die Südseite angrenzend an das Umspannwerk orientiert. Auf diese Weise wird die bauliche Verdichtung im Konzentrationsbereich „Sonnenhäusel“ vermieden und die H<sub>2</sub>-Anlage auf einen alternativen geeigneten Standort innerhalb des B-Planes gelenkt.





Darüber hinaus soll der Rückbau des „Sonnenhäusels“ als Kompensationsmaßnahme zur Optimierung des „faunistischen Warteraumes“ (vor der Straßenüberquerung in Richtung Meuro) diesen Konzentrationsbereich (Abb. 1: s.l. „Reliktkorridor“ zwischen BAB 13, Tankstelle und Dekra) beitragen.

Bis auf den baulichen Rückbau sind Veränderungen im nördlichen Drittel des B-Planes, auch eine „extensive Wiese“ (M4) oder die Beseitigung von Gehölzbeständen nicht vorzusehen. Diese Maßnahmen würden sich kontraproduktiv auf die veränderungsempfindlichen faunistischen Migrationsbewegungen auswirken.

Ebenso erscheint der Vorschlag für die Anlage einer „Blühwiese“ für Insekten unmittelbar an der stark verkehrlich genutzten Straße und auch nördlich der dortigen Gehölze, wegen verkehrsbedingten Verlusten und Schattenwurf, ungeeignet.

Möglichen Konflikten durch die faunistische Migrationsfrequentierung über die dortige Straßenführung in und aus Richtung Meuro sollte für den Dämmerungs- und Nachtzeitraum durch verkehrsrechtliche Regelungen, z.B. „Wildwechsel“ oder durch „Geschwindigkeitsbegrenzung“ geeigneter begegnet werden.

Planerisch erkannt wurde die migrationsfördernde Funktion der Pößnitz einschließlich eines erforderlichen beidseitigen, breiten, unbebauten und barrierefreien Ufersaumes (Begründung, S. 22).

Im Zusammenhang mit dem quasi parallel laufenden B-Planverfahren zum „Sondergebiet DEKRA Testzentrum“ überlagern sich Bedarfe der faunistischen Bestandserfassung. Insbesondere die Verknüpfung des westlichen mit dem östlichen faunistischen Migrationskorridor sowie die Vermeidung oder der Rückbau von Barrieren/Einfriedungen müssen Bestandteil des Artenschutzfachbeitrages und des Umweltberichtes werden.

Der Luftbildauszug (Abb. 2: s.u.) simuliert die faunistische Migrationsbewegung der westlichen Migrationsroute nach Überschreiten der Straßenführung (Abb. 1) in zwei mögliche





Richtungen. Die tatsächliche Variante ist bislang noch nicht verifiziert und bedarf vor dem Hintergrund der potenziellen baulichen und Barrierewirkungen im Raum UW/H<sub>2</sub> sowie der Verknüpfung mit dem Einzugsbereich der östlichen Route (BP „Sondergebiet DEKRA Testzentrum“) der planerischen Überprüfung.

Diese Ergebnisse zur östlichen Route sind mit den Erhebungen zur westlichen Route zu verschneiden. Wie o.g. wird durch die uNB die Beseitigung von Barrieren, wie der Komplettrückbau des „Sonnenhäusels“ (entgegen dem Teilrückbau, Begründung S. 21) und der Rückbau der Einzäunung an der Pumpstation nördlich der L551 vorgeschlagen.

Die vorhandenen, potenziellen sowie vorgeschlagene Rücknahmen von Barrieren und Einfriedungen im gesamten Planungsraum sind dem Artenschutzfachbeitrag als „Barrierekarte“ beizufügen.

#### Beeinträchtigungen durch Lärm und Licht

In Anbetracht der Schallemissionen der Wasserstoffproduktionsanlage (ca. 94 dB(A) im kontinuierlichen Betrieb, teils Spitzenwerte von 120 dB(A), s. Begründung S. 16) sind Störwirkungen bis hin zur Vergrämung der Fauna im Umfeld nicht auszuschließen.

Diese Schallemissionen liegen weit über Werten der Autobahn von relativ gleichmäßigen ca. 65 dB(A) im Tagesmittel, wofür bekanntermaßen die betreffenden Tiergruppen auch „Gewöhnungseffekte“ entwickeln. Durch den Betrieb der H<sub>2</sub>-Anlage sind ungleichmäßige Schallemissionen angegeben.

Ähnliche Störwirkungen können durch Lichtemissionen auftreten. Daher sind neben der Schallproblematik auch mögliche Störwirkungen durch Licht während der Dämmerung- u. Nachtzeit auf die Fauna, insbesondere auf Groß- und Mittelsäuger aber auch auf flugaktive Wirbellose, in die Artenschutzprüfung mit einzubeziehen und entsprechende Vermeidungs- oder Verminderungsmaßnahmen (z.B. Sicht- und Lärmschutz) zu entwickeln.

Zur Bewältigung der Schall- und Lichtemissionen kann beispielsweise die Standortortverlagerung der H<sub>2</sub> Anlage in das südliche Drittel des B-Planes und die dadurch mögliche Abstandsmaximierung zur Pößnitz (Standort vorzugsweise parallel zur L 55 vorsehen) beitragen, welche im nördlichen Drittel des B-Planes unmöglich wären.

Für die Beleuchtung von Werbeanlagen gelten die o.g. Problemstellungen analog.

Gemäß § 41a Abs. 1 BNatSchG sind neu zu errichtende Beleuchtungen an Straßen und Wegen, Außenbeleuchtungen baulicher Anlagen und Grundstücke sowie beleuchtete oder lichtemittierende Werbeanlagen technisch und konstruktiv so anzubringen, mit Leuchtmitteln zu versehen und so zu betreiben, dass Tiere und Pflanzen wild lebender Arten vor nachteiligen Auswirkungen durch Lichtimmissionen geschützt sind.

#### Allgemeine Maßnahmen

Die allgemeinen Maßnahmen zum Artenschutz, wie Bauzeitenregelung, ökologische Baubegleitung etc., sind zwar in der Begründung (S. 21) enthalten, müssen jedoch in der Planzeichnung ergänzt werden.

Die Baufeldfreimachung ist in einem Zeitraum vom 01.09. bis 28.02. angegeben (Begründung S. 21). Die allgemeine Brutzeit gilt bis Ende September. Je nach Artenspektrum und Betroffenheit ist eine Baufeldfreimachung im September und darüber hinaus nur unter vorheriger Freigabe durch eine ökologische Baubegleitung im Einvernehmen mit der uNB möglich.

#### Hinweis zur Maßnahme M2:

Wildverbisschutzzäune dürfen nicht zu zusätzlichen „Raumverlusten“ in faunistischen Migrationskorridoren führen. Für die Pflanzung von Gehölzen muss daher geprüft werden, ob in „Konfliktbereichen“ durch geeignete Gehölzauswahl auf Wildverbisszäunung teilweise oder vollständig verzichtet werden muss. Beispielsweise werden dornige Gehölze (Schlehe, Hecken-/Hundsrose, Weißdorn) kaum verbissen.

Allgemein ist auf die Rückbaupflicht von Wildverbisschutzzäunen nach ca. 5 Jahren hinzuweisen, um eine dauerhafte Barrierewirkung und negative Auswirkungen auf die Gehölze zu vermeiden.



### Gehölzschutz

Die Gehölze innerhalb des Plangebietes unterliegen den Regelungen der Verordnung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zum Schutz von Bäumen und Hecken (Gehölz-SchVO LK OSL). Gemäß § 4 GehölzSchVO LK OSL ist es verboten, geschützte Landschaftsbestandteile zu beseitigen, zu zerstören, zu beschädigen oder in ihrem Aufbau wesentlich zu verändern. Von diesen Verboten können Ausnahmen zugelassen werden (§ 6 GehölzSchVO LK OSL). Um die Vereinbarkeit der Satzung mit den Regelungen der Gehölz-SchVO LK OSL herzustellen, ist vom Träger der Bauleitplanung ein Antrag auf Zusicherung der Ausnahmegenehmigung vom Gehölzschutz für die mit der Planung vorbereiteten Eingriffe in den Gehölzbestand (Gehölzbeseitigung auf den als überbaubar ausgewiesenen Flächen) an die untere Naturschutzbehörde zu richten.

Dies gilt nicht für Wald i.S. des § 2 des Waldgesetzes des Landes Brandenburg (LWaldG).

- ( ) Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:
- (X) Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

### Gleichstellungs- und Behindertenbeauftragte

Beim o. g. Vorhaben sind die Belange von Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Es sind die gesetzlichen Grundlagen Art. 9 UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (in Kraft getreten am 03. Mai 2008), § 4 Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 2. Juni 2021 und § 4 u. 5 Brandenburgisches Behindertengleichstellungsgesetz (BbgBGG) vom 11. Februar 2013, zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018, zu beachten. Maßgebend sind zudem die Anforderungen aus § 50 Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. November 2018 zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Februar 2021.

Im öffentlichen Verkehrs- und Freiraum ist eine eigenständige und uneingeschränkte Nutzung für Menschen mit und ohne Behinderung gleichermaßen zu ermöglichen. Bei Einmündungen der Wege/Parkflächen auf andere Straßen, Wege und Ausfahrten muss die barrierefreie Nutzung durch Personen, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind, realisiert und ein barrierefreier Übergang geschaffen werden.

Für das gesamte Bauvorhaben und die weitere Planung wird die Orientierung an der DIN 18040 – Teil 3 empfohlen. Für den Fall, dass diese Vorschrift bis zur Umsetzung des Vorhabens in Brandenburg noch nicht eingeführt ist, gilt die DIN 18024 – Teil 1.

### untere Denkmalschutzbehörde (uDB)

Der Bereich des B-Planes werden noch nicht registrierte Bodendenkmale dringend vermutet. Spuren und Hinterlassenschaften aus der Zeit seit der frühesten Besiedlung können sich im Boden befinden und sind in ihrer Gesamtheit als Bodendenkmale i. S. v. § 2 Abs. 2 Nr. 4 BbgDSchG zu betrachten und zu behandeln.

Eine denkmalrechtliche Erlaubnis der uDB ist im jeweiligen Genehmigungsverfahren (denkmalrechtliche Erlaubnis gem. § 9 Abs. 1 Nr. 5 BbgDSchG bzw. denkmalrechtliche Erlaubnis i. R. eines erforderlichen Baugenehmigungsverfahrens gem. § 9 Abs. 1 BbgDSchG i. V. m. § 20 Abs. 1 BbgDSchG) erforderlich.

Die bodendenkmalpflegerischen Belange sind auf Seite 19 der Begründung teilweise richtig dargestellt. Der letzte Satz (Pkt. 3.12.1) ist jedoch zu entfernen, da lt. Aussagen des Bauamtsleiters Herrn Konzag, die gesamte Baufläche mindestens 20 cm abgeschoben werden muss. Hierbei können bereits vermutete Bodendenkmale angeschnitten werden. Das entstehende Planum ist durch eine archäologische Fachfirma zu begutachten. Funde und Befunde sind zu bergen und zu dokumentieren. Dies ist bei den zeitlichen Planungen zu berücksichtigen. Dazu ist der Firma genügend Zeit einzuräumen. Bodendenkmalpflegerische Anforderungen können erst nach Vorliegen der abschließenden Planung erstellt werden. Ich bitte daher um rechtzeitige Beteiligung im nachfolgendem BlmSchG-Verfahren.

Im Planungs- und Genehmigungsverfahren sind die Träger öffentlicher Belange

- das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abt. Bau- und Kunstdenkmalpflege, Wünsdorfer Platz 4, 15806 Zossen, OT Wünsdorf und
  - das Brandenburgische Landesamt für Denkmalpflege und Archäologische Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum, Außenstelle Cottbus, Juri-Gagarin-Straße 17, 03046 Cottbus
- zu beteiligen, um rechtzeitig auf denkmalpflegerische Belange reagieren zu können.

### **SG Bau und Unterhaltung**

In diesem Gebiet befinden sich keine Kreisstraßen. Insofern ist der Landkreis OSL, vertreten durch das Amt 65 als Baulastträger für Kreisstraßen, nicht betroffen.

### **Gesundheitsamt**

Es ist sicherzustellen, dass die umliegende Wohnbebauung nicht durch zusätzlichen Lärm belastet wird.

### **SG Verkehrswesen**

Zu der Planung bestehen aus verkehrsrechtlicher Sicht gemäß § 45 Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) grundsätzlich keine Hinweise.

### **untere Jagdbehörde**

Das Planungsgebiet betrifft eine landwirtschaftlich genutzte Fläche, welche zum gemeinschaftlichen Jagdbezirk Klettwitz gehört. Der GJB ist derzeit verpachtet. Mit der Planung/Ausführung des Vorhabens wird in das Jagdausübungsrecht eingegriffen. Gegen die Planungen für das oben genannte Vorhaben sind aus fachlicher Sicht unter Berücksichtigung der jagdlichen Gesetze keine planungsrechtlichen Einwände einzubringen.

### **SG Brand- und Katastrophenschutz**

Zum Vorhaben gibt es aus Sicht des vorbeugenden Brandschutzes keine Hinweise. Weitere Aussagen können erst bei Vorliegen eines standortbezogenen Brandschutzkonzeptes im jeweiligen Bauantragsverfahren, getroffen werden.



## **SG Landwirtschaft**

Im Planungsbereich befinden sich landwirtschaftliche Nutzflächen. Diese werden von nachstehenden Agrarunternehmen bewirtschaftet:

- Marco Hendrischk, Kirchstraße 19 in 01983 Großräschen OT Wormlage.

Es sind bereits Absprachen mit dem Flächennutzer erfolgt.

Die Flächeninanspruchnahme ist dann in Vorbereitung von konkreten Baumaßnahmen mit den Flächennutzer rechtzeitig abzustimmen. Einschränkung der Bewirtschaftung der Flächen sind möglichst zu vermeiden und entsprechend zu entschädigen.

Der Bereich stellt einen Grünlandstandort dar, welcher einen wichtigen Teil der landwirtschaftlichen Nutzung darstellt und den es zu erhalten bedarf. Die Prüfung alternativer Standorte für die Wasserstoffelektrolyse sollte nochmals auch darauf bezogen in die Planung fließen. Die Erhaltung des Dauergrünlandes (DGL) bildet einen wesentlichen Bestandteil des Greenings in der GAP-Förderperiode seit 01.01.2015 auf der Grundlage der VO (EU) Nr. 1307/2013. Auf nationaler Ebene wurde dem im Direktzahlungen-Durchführungsgesetz Rechnung getragen, in welchem die Genehmigungspflicht für die Umwandlung von DGL festgeschrieben wurde.

## **SG technische Bauaufsicht**

Die vorgesehene Fläche liegt im Bereich einer Fläche, die durch bergbaulich bedingten Grundwasserentzug und -wiederanstieg beeinflusst ist. Die untere Bauaufsichtsbehörde hat gemäß § 110 Abs. 6 des Bundesberggesetzes den Bergbauunternehmer (LMBV mbH) über das geplante Bauvorhaben im Baugenehmigungsverfahren zu informieren.

Aus brandschutztechnischen Gründen sind zwischen den jeweiligen baulichen Anlagen/Gebäuden entsprechende „Fahrgassen“ für die Feuerwehr vorzusehen.

Der Löschwasserbedarf für den Grundschatz ist sicherzustellen. Bezüglich der Besonderheit des Vorhabens, ist eine Abstimmung mit der Brandschutzdienststelle im Vorhinein erforderlich.

Es sollte jedoch beachtet werden, dass ggf. durch bauliche Elemente, welche eine „Blendwirkung“ erzeugen, vorhandene Siedlungsstrukturen und Verkehrsflächen (Autobahn und Landesstraße) in Ihrer Nutzung nicht beeinträchtigt werden.

Fallen die Abstandsflächen auf ein Nachbargrundstück oder überdecken Sie öffentliche Wege, Straßen oder Grünflächen über die Hälfte, so sind Diese durch Baulasten zu sichern (§ 84 BbgBO). Dies gilt ggf. auch für Brandschutzabstände.

Öffentlich-rechtliche Verträge sind in diesem Fall nicht ausreichend.

Die Erschließung der Grundstücke/des Grundstückes/der Baufenster/-felder ist öffentlich-rechtlich zu sichern (Geh-, Fahr- und Leitungsrecht, Feuerwehrezufahrt (Forderungen der Feuerwehr beachten)).

Der aktuell im Entwurf vorliegende BPL kennzeichnet verschiedene Flurstücke/Grundstücke. Es sind daher jeweils separate Bauanträge zu stellen, bzw. im Falle der Überbauung der Flurstücke/Grundstücke sind diese grundbuchrechtlich zu vereinigen oder durch Vereinigungsbaulasten im Baugenehmigungsverfahren zusammen zu legen. Dies gilt unabhängig des vorhandenen Baufensters/Baufeldes im BPL.

## **SG rechtliche Bauaufsicht/Kreisplanung**

Zum Gegenstand der Umweltprüfung wurde schon mit Änderung des BauGB zum 30.07.2011 auch der/die Klimaschutz/-anpassung. Klimaschutz ist ein städtebauliches Erfordernis/Grund i. S. v. § 1 Abs. 5 und § 9 Abs.1 BauGB. Aussagen dazu im Umweltbericht bzw. daraus abgeleitete Festsetzungen, sind noch nachzuholen.

textliche Festsetzungen:

Pkt. 2.2

Es sollte geprüft werden, ob die Ausnahme für die Höhe ggf. verallgemeinert werden kann in z. B. „technisch bedingte Betriebsanlagen“, um mehr Freiraum zu schaffen. In der Begründung kann dann ausgeführt werden, welche u. a. damit gemeint sind.

Pkt 2.3

Die Bezugshöhe darf nur auf unveränderliche Punkte (z. B. üNHN) festgesetzt werden und nicht auf die im Bereich vorhandene unterschiedliche Topographie. In der Nutzungsschablone ist eine Höhe üNHN festgesetzt, diese ist die Bezugshöhe.

Pkt. 2.3-3.2

Erfolgt eine eindeutige Festsetzung auf der Planzeichnung, ist es nicht erforderlich, eine gleichlautende textliche Festsetzung noch zusätzlich auf das Plandokument aufzubringen.

Pkt. 4

Alle Maßnahmen sind aus dem GOP in den BPL zu übernehmen und da konkret festzusetzen. Die derzeitigen Festsetzungen sind im weiteren Verfahren zu detaillieren.

Sollten die Flächen innerhalb des Plangebietes nicht ausreichen, sind externe Maßnahmeflächen auf der Übersichtskarte zu kennzeichnen und über textliche Festsetzungen zum Planinhalt zu machen.

Hinweis:

Die GRZ wird als Höchstmaß festgesetzt. Damit entfällt die Überschreitungsmöglichkeit nach § 19 Abs. 4 BauNVO.

Sollten externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen erforderlich sein, sind die dafür erforderlichen Flächen in der Übersichtskarte darzustellen und textliche Festsetzungen bzw. Hinweise dazu zu formulieren. Bei der nächsten Beteiligung der TÖB und der Auslegung, müssen die Flächen erkennbar sein. In der Bekanntmachung der Auslegung ist darauf hinzuweisen.

Begründung:

1.3.4

Die Anbaubeschränkungszone für die Autobahn ist auf der Planzeichnung nicht dargestellt. Sollte sie außerhalb des Plangebietes liegen, sollte sie nachrichtlich auch außerhalb übernommen werden.

3.5

Das geplante schallschutztechnische Gutachten ist im Rahmen der Erarbeitung des BPL zu erstellen, da davon die Umsetzung des Planinhaltes abhängt.

3.10.2

Traufhöhen sind nicht festgesetzt, sondern nur die Gebäudehöhen. Die Begründung sollte



auf diese Höhen abstellen. Die unzulässige Beleuchtung ist in die Festsetzungen aufzunehmen, damit sie durchsetzbar wird.

Kampfmittel:

Nach Überprüfung der Lage des Vorhabens mit der 8. Ausgabe der aktualisierten Kampfmittelverdachtskarte des Zentraldienstes der Polizei vom Januar 2018 wurde für o. g. Vorhaben keine Belastung festgestellt.

Sollten bei Erdarbeiten dennoch Kampfmittel gefunden werden, weise ich Sie darauf hin, dass es nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Verhütung von Schäden durch Kampfmittel (KampfmV) verboten ist, entdeckte Kampfmittel zu berühren und deren Lage zu verändern. Sie sind verpflichtet diese Fundstellen gemäß § 2 KampfmV unverzüglich der nächsten örtlichen Ordnungsbehörde oder der Polizei anzuzeigen.

Der in Kraft getretene Bebauungsplan soll gemäß § 10a Abs. 2 BauGB mit all seinen Anlagen und der zusammenfassenden Erklärung ergänzend ins Internet eingestellt und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich gemacht werden.

### **untere Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (uAWBB)**

Altlastenauskunft:

Im Bereich des o. g. Plangebietes befinden sich keine im Altlastenkataster des Landes Brandenburg (ALKATonline) erfassten Altlasten oder Altlastverdachtsflächen.

Die Belange des Bodenschutzes, insbesondere die des vorsorgenden Bodenschutzes, sind bei der Erstellung von Unterlagen im Rahmen des Planungsverfahrens angemessen zu berücksichtigen. Hinweise hierzu können aus der Veröffentlichung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Bodenschutz (LABO) „Checklisten Schutzgut Boden für Planungs- und Zulassungsverfahren, Arbeitshilfe für Planungspraxis und Vollzug“, LABO 2018 entnommen werden. Die Nutzung des Leitfadens für die kommunale Planungspraxis „Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB, LABO 2009“ wird ebenfalls empfohlen.

Bergbau:

Das Vorhaben befindet sich in einem Gebiet von bergbaulich bedingtem Grundwasserentzug und Grundwasserwiederanstieg. Wie in den *Punkten 1.3.3 und 1.3.7* beschrieben ist mit flurnahen Grundwasserverhältnissen von 1 m bis 2 m zu rechnen.

In unmittelbarer Nähe befindet sich das Gelände des Altbergbaus Tagebau Meuro, auf dem nach der Sanierung der Lausitzring errichtet wurde (siehe Abb.).

Es ist nicht auszuschließen, dass sich auf der Fläche des Plangebietes noch technische Anlagen der LMBV (speziell Grundwassermessstellen, Brunnen o.ä.) befinden. Diese sind nicht zu beeinträchtigen und frei zugänglich zu halten sowie auf der Planzeichnung und in der Begründung zu vermerken.

Aufgrund der bergbaulichen Gesamtbeeinflussung sind die

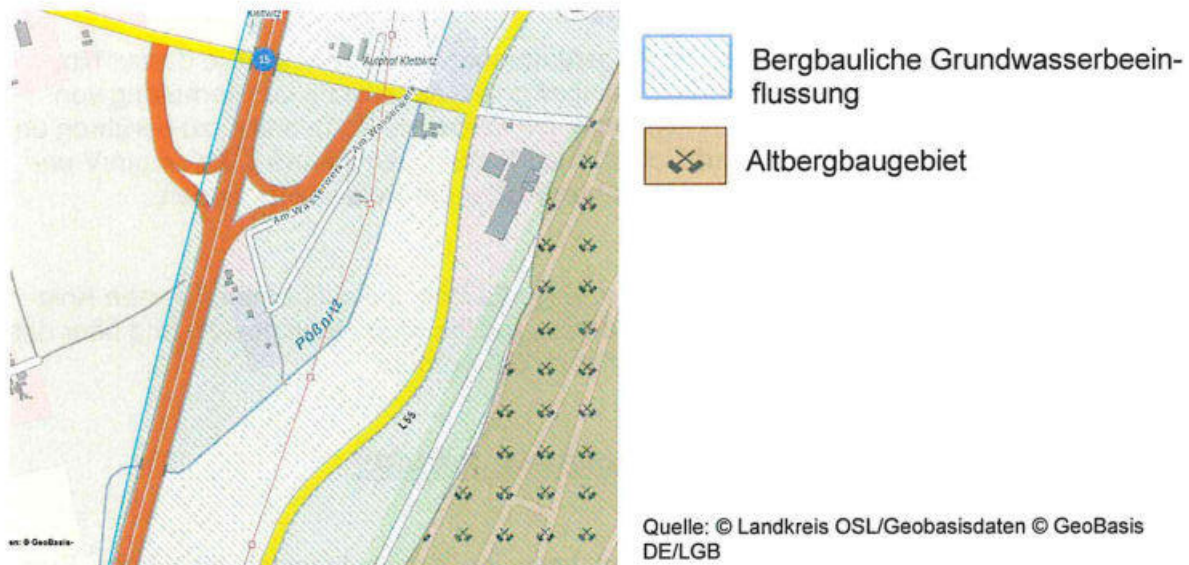
Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH  
Zentrale und Betrieb Lausitz  
Knappenstraße 1  
01968 Senftenberg

sowie das

Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe Brandenburg  
PF 10 09 33

03009 Cottbus im Beteiligungsverfahren zu hören.

Die Ergebnisse der Baugrunduntersuchung und die geplanten Tragwerkskonstruktionen sind gem. §§110 bis 113 BbergG bei der LMBV zur Einsicht einzureichen.



### untere Wasserbehörde

Das BPL-Gebiet liegt in keinem festgesetzten Wasserschutzgebiet und in keinem festgesetzten Überschwemmungsgebiet des Landkreises OSL. Aus diesem Grund bestehen für das Plangebiet keine wasserrechtlichen Nutzungsverbote bzw. Nutzungsbeschränkungen.

Bodenversiegelungen sind gemäß § 54 Abs. 3 BbgWG auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Der für das Gewässer II. Ordnung „Pößnitz“ und für das Gemarkungsgebiet Klettwitz zuständige Gewässerunterhaltungspflichtige (Kleine Elster-Pulsnitz, Sitz Sonnewalde) ist als Träger wasserwirtschaftlicher Belange zu beteiligen. Die Ziele des aufgestellten BPL sind mit den Forderungen und Hinweisen des Gewässerverbandes in Übereinstimmung zu bringen, sofern nicht bereits veranlasst.

Hinweise zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) im Grundwasser:  
Das Untersuchungsgebiet berührt den Grundwasserkörper (GWK) SE 4-1 (SE = Schwarze Elster). In der Anlage ist eine Übersichtskarte der einzelnen GWK im Landkreis OSL beige-fügt.

Kontaktdaten:

Landesamt für Umwelt (LfU), Abteilung Wasserwirtschaft 1  
Dr. Tania Birner  
Postfach 60 10 61 in 14410 Potsdam  
Telefon: 033201 442 347 bzw. 033201 442-0 (LfU-Telefonzentrale)  
E-Mail: grundwasser@LfU.Brandenburg.de  
bdp@LfU.Brandenburg.de (Zentraler Posteingang des LfU)

Homepage:

- <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/grundwasser/umsetzung-wasserrahmenrichtlinie-grundwasser/>

G:\60.4\60.42\Stellungnahmen PAZ-TÖB\TÖB\2021\Schipkau\50\_15.11.\_BPL\_Nr\_1-2021\_Sondergebiet\_Umspannwerk\_und\_Wasserstofftechnologie\_Klettwitz.docx



- <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/umwelt/wasser/gewaesserschutz-und-entwicklung/europaeische-wasserrahmenrichtlinie-im-ueberblick/>

Auskunft zu den Themen Wasser und Boden (hier: Geoinformationen, Wasserfachdaten) kann unter den Links:

- <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/service/geoinformationen/geodaten-fachbereiche/>
  - <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/wasserfachdaten/>
- eingeholt werden.

Zudem sind Informationen und Kontaktdaten zu Grundwasser, dabei insbesondere Datenanfrage Grundwasserständen und Kartenanwendungen Grundwassermessstellen, unter folgenden Links zu finden:

- <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/grundwasser/>
- <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/grundwasser/grundwasserstaende/>
- <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/grundwasser/grundwasserstaende/datenanfrage-grundwasserstaende/>
- <https://lfu.brandenburg.de/lfu/de/aufgaben/wasser/grundwasser/grundwasserstaende/kartenanwendung-grundwassermessstellen/>

Auskunft zu Grund- und Stauwasserverhältnissen kann über das Fachinformationssystem Boden des Landesamtes für Boden, Geologie und Rohstoffe Brandenburg unter dem Link:

- <http://www.geo.brandenburg.de/boden>
- eingeholt werden.

### **untere Naturschutzbehörde**

#### **Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung**

Bei der Aufstellung einer städtebaulichen Satzung sind gemäß § 1 Abs. 5 Satz 2, Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB in Verbindung mit §§ 14 ff. BNatSchG (Eingriffsregelung) die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen.

- Inhalt der Eingriffsregelung nach § 17 BNatSchG ist im Wesentlichen die von der Bestandserfassung der Schutzgüter:
  - Arten und Lebensgemeinschaften,
  - Boden, Wasser, Klima/Luft sowie
  - Landschaftsbild/landschaftsbezogene Erholung
 und ihrer Funktionen im Untersuchungsraum ausgehende Untersuchung der mit dem geplanten Eingriff verbundenen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft (Konfliktanalyse).
- Im Rahmen der Eingriffs- und Ausgleichsplanung sind Maßnahmen zur Vermeidung, zur Minderung und zum Ausgleich der zu erwartenden Eingriffe in Natur und Landschaft darzustellen und im Bebauungsplan festzusetzen (Darstellung der Eingriffskompensation). In der Begründung zum Bebauungsplan ist darzustellen, wie die Belange von Natur und Landschaft (Vermeidung/Minderung/Kompensation von Eingriffen) in der Abwägung Berücksichtigung fanden und welche Festsetzungen unter dem Aspekt von Kompensationsmaßnahmen erfolgten.
- Soweit der naturschutzrechtliche Ausgleich innerhalb des Bebauungsplans nicht oder nicht vollständig durchführbar ist, können auch außerhalb des Bebauungsplans Ersatzmaßnahmen realisiert werden. Sofern für diese sonstigen geeigneten Maßnahmen zum Ausgleich keine vom Vorhabenträger bereitgestellten Flächen zur Verfügung stehen, ist die Durchführung der Maßnahmen auf anderen Flächen in entsprechender Form rechtlich zu sichern. (vgl. § 1 a Abs. 3 BauGB).

Hingewiesen wird darauf, dass für Gehölzpflanzungen der Erlass zur Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur zu beachten ist, wonach u.a. bei allen Gehölzpflanzungen, die im Rahmen von Ersatzpflanzungen und von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen nach § 15 BNatSchG (Eingriffskompensation) vorgenommen werden, grundsätzlich Pflanzgut gebietsheimischer Gehölze zu verwenden ist.

#### Umweltbericht

Gemäß § 2 Abs. 4 BauGB ist für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1 a BauGB eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden und in einem Umweltbericht beschrieben und bewertet werden. Die Inhalte des Umweltberichtes ergeben sich aus der Anlage des BauGB zu § 2 Abs. 4 und § 2 a BauGB.

Im weiteren Verfahren ist darzustellen, wie die Belange von Natur und Landschaft hinsichtlich der Kompensation der Eingriffe in Natur und Landschaft in der Abwägung Berücksichtigung finden und welche Festsetzungen unter dem Aspekt von Kompensationsmaßnahmen erfolgen.

Mit freundlichem Gruß

im Auftrag



Bauer  
stellv. SGL rechtliche Bauaufsicht/Kreisplanung

Anlage:

- Fundstellen zitierter Rechtsvorschriften
- Übersichtskarte der einzelnen GWK im Landkreis OSL

Verteiler:

- Gemeinde Schipkau
- GL 5
- z. d. A.



### **Denkmalschutz**

- Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GVBl. I S. 215)

### **Verkehrswesen**

- Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vom 6. März 2013 (BGBl. I S. 367), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 12.07.2021 (BGBl. I S. 3091)
- Brandenburgisches Straßengesetz (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl. II/18, S.3)

### **Bauaufsicht/Kreisplanung**

- Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 9 des Gesetzes vom 10.9.2021 (BGBl. I S. 4147)
- Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) in der Neufassung vom 15.11.2018 (GVBl. I Nr. 39) geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 09.02.2021 (GVBl. I Nr. 5)
- Ordnungsbehördliche Verordnung zur Abwehr von Gefahren durch Kampfmittel (Kampfmittelverordnung für das Land Brandenburg - KampfmV) in der Fassung vom 09. November 2018 (GVBl. II Nr. 82)
- Verwaltungsvorschrift zur Herstellung von Planungsunterlagen für Bauleitpläne und Satzungen nach § 34 Absatz 4 und § 35 Absatz 6 des Baugesetzbuches (Planunterlagen VV) vom 2. Mai 2018 (ABl Nr. 17)

### **Abfall- und Bodenschutzrecht**

- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1699)
- Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598)
- Verordnung über die Organisation der Sonderabfallentsorgung im Land Brandenburg (Sonderabfallentsorgungsverordnung - SAbfEV) vom 8. Januar 2010 (GVBl. II Nr. 1 S. 1)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 25. Februar 2021 (BGBl. I S. 306)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465)

### **Wasserrecht**

- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901)
- Brandenburgisches Wassergesetz (BbgWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 02. März 2012 (GVBl. I Nr. 20), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Dezember 2017 (GVBl. I Nr. 28)

### **Naturschutzrecht**

- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908)
- Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz - BbgNatSchAG) vom 21. Januar 2013 (GVBl. I Nr. 3), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 25. September 2020 (GVBl. I Nr. 28)

- Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung - NatSchZustV) vom 27. Mai 2013 (GVBl. II Nr. 43), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juli 2021 (GVBl. II Nr. 71)
- Verordnung des Landkreises Oberspreewald-Lausitz zum Schutz von Bäumen und Hecken (Gehölzschutzverordnung - GehölzSchVO LK OSL) vom 12. September 2013 (ABl. LK OSL Nr. 11/2013 S. 12), geändert durch Verordnung vom 6. Dezember 2018 (ABl. LK OSL Nr. 21/2018 S. 35)
- Erlass des Ministeriums für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zur Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur vom 2. Dezember 2019 (ABl. 2020 Nr. 9 S. 203)
- Hinweise zum Vollzug der Eingriffsregelung, Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg April 2009 (<https://mluk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handlungsanleitung-Vollzug-Eingriffsregelung.pdf>)



